



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer
Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 45; Juni 2006

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Hauptdebatte in den Fraktionen des Europäischen Parlaments drehte sich in unserer Juni-Plenarsitzung um ethische Fragen im Zusammenhang mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP). Hierfür stehen für die Jahre 2007 bis 2013 rund 54 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit ist es eines der umfangreichsten Förderprogramme der EU. Das FRP soll dazu beitragen, die EU zum größten wissenschaftsbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen („Lissabon-Strategie“), wodurch das Wirtschaftswachstum beschleunigt und Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

7. Forschungsrahmenprogramm

Nach wie vor ist auch beim 7. FRP die menschliche Embryonen verbrauchende Stammzell-Forschung stark umstritten. Anders als weite Teile der Sozialisten, Liberalen, Kommunisten, aber auch z.B. Briten und Spanier aus unserer eigenen EVP-ED-Fraktion, wehrt sich die CDU/CSU-Gruppe im EP vehement gegen die verbrauchende Embryonenforschung. Unsere dementsprechenden Änderungsanträge zum „hahnebüchenden“ Kommissionsvorschlag wurden jedoch nun mit einer knappen Mehrheit des EP abgelehnt. Auch weitere Anträge aus unseren Reihen, z.B. zum Verbot des Klonens und von Eingriffen in die menschliche Keimbahn

(vererbare Veränderung des menschlichen Erbgutes!) fanden keine Mehrheit in dieser Ersten Lesung des 7. FRP.

Mit diesem Abstimmungsergebnis könnten nun aus dem EU-Haushalt Vorhaben finanziert werden, die in Deutschland und in neun weiteren Mitgliedstaaten unter Strafe verboten sind:

- Forschung mit dem Ziel des Klonens des menschlichen Embryos,
- Forschung zur dauerhaften Veränderung des menschlichen Erbgutes und
- Herstellung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken bzw. zur Gewinnung embryonaler Stammzellen.

Die Deutsche Bundesregierung ist daher jetzt gefordert, im Ministerrat gegen das Votum des Parlaments anzugehen: Die Stellungnahme der Mitgliedsregierungen („Gemeinsamer Standpunkt“) zum Parlamentsentscheid aus Erster Lesung bildet die Grundlage für die Zweite Lesung im EP. Hier ist dann eine qualifizierte Mehrheit unseres Hauses (367 Stimmen) erforderlich, von der die Befürworter der verbrauchenden Embryonenforschung glücklicherweise weit entfernt sind.

Es darf nicht sein, dass mit deutschen Steuergeldern über den europäischen Haushalt Forschung finanziert wird, für die man in Deutschland ins Gefängnis wandern würde!

Schutz des Grundwassers

"Das Grundwasser ist eine wertvolle natürliche Ressource, die als solche vor Verschlechterung und chemischer Verschmutzung geschützt werden muss", so das Europäische Parlament in seinem Bericht zur "Richtlinie zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung". Ziel der Richtlinie ist es, die Grundwasserverschmutzung zu verhindern bzw. zu begrenzen.

Neues für den Eisenbahnsektor

Derzeit existieren mehr als 20 unterschiedliche nationale Zugsicherungs- und Signalsysteme in der EU. Dies sorgt dafür, dass Züge sehr langsam sind, was die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Schienenverkehrs im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern, wie z.B. der Straße, schwächt. Das EP beschloss nun die Einführung eines Europäischen Zugsicherungs-, Zugsteuerungs- und Signalgebungssystems (ERTMS/ETCS). Dieses interoperable System erleichtert grenzüberschreitendes Fahren und eine intensivere Nutzung der Trassen, trägt zur Senkung der Kosten für Bau und Unterhaltung der Strecken bei und erhöht schließlich auch das Sicherheitsniveau. Schon deshalb ist ERTMS den nationalen Systemen überlegen und im Übrigen kostengünstiger.

Kampf gegen die Vogelgrippe

Als Reaktion auf die Vogelgrippe-Infektionen in europäischen Ländern (Rumänien, Kasachstan, Ukraine, Kroatien, Türkei), in EU-Mitgliedstaaten (Italien, Österreich, Deutschland, Griechenland, Frankreich und Zypern) sowie in Afrika forderte das EP eine Koordination auf nationaler und internationaler Ebene.

Obwohl die Wahrscheinlichkeit der Übertragbarkeit des gefährlichen Vogelgrippe-Typs A/H5N1 auf den Menschen sehr gering ist und es bisher keine Übertragung

von Mensch zu Mensch gab, kann die Gefahr einer direkten Ansteckung oder die Entstehung eines neuen Pandemiestamms der Influenza-A-Viren nicht ausgeschlossen werden.

Mehr Sicherheit in Flugzeugen

In Erster Lesung befassten wir uns mit der neuen Verordnung über "gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt". Diese regelt u. a. die Zugangskontrolle, den Umgang mit verbotenen Gegenständen in Sicherheitsbereichen und an Bord oder die Durchsuchung von Fluggästen und Handgepäck. Erstmals geht es auch um Sicherheit während des Fluges durch "Sky Marshals" an Bord von Flugzeugen.

Ja zum Euro in Slowenien

Am 16. Mai 2006 veröffentlichten die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) Konvergenzberichte zu den neuen Mitgliedstaaten. Auf dieser Grundlage schlug die Kommission Slowenien vor, den Euro im Januar 2007 einzuführen, denn Slowenien erfüllt als erster der neuen Mitgliedstaaten vorbehaltlos alle Voraussetzungen zum Eintritt in die Eurozone. Das EP unterstützt diesen Vorschlag!

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüße ich Sie herzlich!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Tel. 0032-228-47383,

Fax: 0032-228-97383

E-mail: rsummer@europarl.eu.int

P.S. Ich habe noch einige Euro-Sammelalben abzugeben (die natürlich die künftigen Slowenischen Münzen nicht berücksichtigen). Bei Interesse melden Sie Sich bitte in meinem Herner Büro: Tel. 02323-918511